

Beschluss:

1. Das unter Ziffer I beschriebene Vorgehen wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. **Der Stadtrat spricht sich dafür aus, dass Menschen mit ihren Hoffnungen auf ein besseres Leben und dem Wunsch in einem Land ohne Krieg und Not zu leben, nicht als „politische Waffe“ von antidemokratischen Machthabern missbraucht werden dürfen. Gegen diesen Missbrauch muss die Staatengemeinschaft, die EU sowie die Bundesregierung gemeinsam vorgehen.**
3. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02036 der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 19.10.2021 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.